

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 44. Sitzung des Bundesrates vom 11. Dezember 1978

1. Währungslage

In Anwesenheit von Herrn Leutwiler, Präsident des Direktoriums der Nationalbank, findet eine weitere Lagebeurteilung statt, wobei insbesondere die Entwicklung seit dem Abschluss des Gipfeltreffens in Brüssel für einen neuen europäischen Währungsverbund Beachtung findet.

Aus der Mitte des Bundesrates wird darauf verwiesen, dass von den Mitgliedstaaten der neuen Währungsschlange praktisch nur die BRD über Währungsreserven verfügt. Somit stützt die Schweiz über die Stützung der D-Mark indirekt auch die Währungen der andern Mitgliedstaaten der neuen Schlange. Lädt sie sich da nicht zuviel auf? Wie steht es mit den sogenannten Carter-Bonds? Hat die Nationalbank Kenntnis vom Ergebnis einer amerikanischen Untersuchung, wonach eine grosse amerikanische Bank sich schwere Verfehlungen zu Schulden kommen liess, die möglicherweise auch die Schweiz tangieren? Herr Leutwiler hält fest, dass an den Devisenmärkten nach den Beschlüssen von Brüssel eine gewisse Unsicherheit eingetreten ist, die zu einer Schwäche des Dollars führte. Die Nationalbank musste am letzten Freitag mit 164 Mio Franken intervenieren, um die D-Mark auf -.89 zu stützen. Der Schwächeanfall des Dollars scheint zu Beginn der laufenden Woche anzuhalten. Die Nationalbank wird wahrscheinlich stark intervenieren müssen. Praktisch läuft diese Interventionspolitik der Nationalbank auf eine Defacto-Partnerschaft mit dem neuen Währungsverbund hinaus. Die Gold- und Devisenreserven der Nationalbank dürften - wenn nicht völlig unerwartete Entwicklungen eintreten - noch auf längere Sicht genügen. Zudem ist zu beachten, dass die Interventionen der Nationalbank derzeit einfach das einzige Mittel sind, um ein weiteres Absinken der D-Mark zu hemmen. Sollte die Nationalbank eines Tages "am Ende" sein, würde nichts anderes bleiben, als dass das Finanz- und Zolldepartement ihr einen Schuldschein ausstellt, wie in andern Ländern. Die Carter-Bonds werden für ca 2 Milliarden auch in der Schweiz aufgelegt, Zins und Laufzeit sind noch offen. Bei der Untersuchung gegen eine amerikanische Bank handelt es sich um die City-Bank, wobei offenbar auch deren Filiale in Zürich in gesetzeswidrige Machenschaften verhängt ist. Bezüglich der Entwicklung der Wirtschaft macht der Präsident der Nationalbank auf ein starkes Anziehen der Baukredite aufmerksam. Die in der letzten gemeinsamen Sitzung von der Nationalbank zur Diskussion gestellte Aufhebung des Anlageverbots bezeichnet

Herr Leutwiler unter den heute gegebenen Umständen als nicht mehr aktuell.

2. Teuerungszulagen des Bundespersonals

Herr Chevallaz verweist auf seinen schriftlichen Bericht, worin er zum Schlusse kommt, dass die Teuerungszulagen ab 1. Januar 1979 um 1% erhöht werden sollten. Aus der Mitte des Rates werden Wünsche nach einer umfassenderen Dokumentation über die Entwicklung der Löhne und Teuerungszulagen in der Privatwirtschaft laut. Herr Chevallaz wird sich dieses Problems noch annehmen und inzwischen bei den Verhandlungen mit den Personalverbänden die Erhöhung der Zulage unter Vorbehalt diskutieren. Der Beschluss des Bundesrates muss am 20. Dezember 1978 erfolgen.

3. Lage der Uhrenindustrie

Herr Aubert verweist auf die pessimistische Lagebeurteilung durch massgebende Führungskräfte der Uhrenindustrie, insbesondere drohe eine Verlegung der Fabrikation ins Ausland. Herr Honegger hält dazu fest, dass sich das EVD laufend mit dieser Sorge befasst.

4. Besuche ausländischer Staatsoberhäupter

Herr Aubert gibt bekannt, dass nach einem provisorischen Plan des EPD für die Jahre 1979/80 die Besuche von vier Staatsoberhäuptern in der Schweiz vorgesehen sind: Spanien, Italien, Oesterreich und Frankreich. Gegen eine solche Häufung von Staatsbesuchen werden Bedenken geäussert. Der Rat betraut die Herren Hürlimann, Bundespräsident 1979, und Aubert mit einer Voraussprache, bevor definitive Entscheide des Rates gefasst werden.

5. KSZE

Herr Aubert orientiert den Rat über den Abschluss der Expertengespräche der KSZE in Montreux. Diese dürften am 11. Dezember mit einer gemeinsamen Erklärung ihren Abschluss finden, womit wieder ein ganz kleiner Schritt auf dem Wege zu grösserer Sicherheit in Europa getan ist.

6. SRG/Konzessionskündigung

Herr Bundespräsident Ritschard gibt bekannt, dass die SRG mit der Reduktion der ordentlichen Geltungsdauer der Konzession von 5 auf 3 Jahre einverstanden ist. Damit entfällt der vom Bundesrat zur Bedingung gemachte Kündigungsgrund und man wird für die Revision das Verfahren gemäss Artikel 24 der Konzession einleiten.

7. Richtlinien der Regierungspolitik

Herr Bundeskanzler Huber gibt bekannt, dass bei der Beratung der Stellungnahme des Bundesrates zur Initiative Weber-Arbon betreffend Richtlinien der Regierungspolitik die einzige, in ihrer Tragweite unerhebliche (rein redaktionelle) Differenz durch Zustimmung zur Kommission bereinigt wurde. Der Rat ist damit einverstanden.

8. Repräsentationsspesen

Für eine Aussprache mit der Finanzdelegation der eidgenössischen Räte betreffend Repräsentationsspesen des Bundesrates wird Herr Hürlimann, Bundespräsident 1979, abgeordnet.

9. Kanton Jura

Dem Mitteilungsblatt der Staatsschreiber ist zu entnehmen, dass am 19. Januar 1979 eine Feier zum Eintritt des Jura in die Eidgenossenschaft stattfindet. Herr Bundeskanzler Huber wirft die Frage der Kenntnis vom Ereignis, bzw. der Teilnahme des Bundes auf. Herr Furgler, Präsident der Jura-Delegation, teilt mit, dass ihm von dieser Feier bisher nichts bekannt geworden ist.

11.12.1978 Br/Ba (10)

SCHWEIZ. BUNDESKANZLEI